

Protokolleintrag vom 28.10.2009

2009/489

Dringliche Schriftliche Anfrage von Salvatore Di Concilio (SP), Rebekka Wyler (SP) und 29 Mitunterzeichnenden vom 28.10.2009:

IT-Strategie Stadt Zürich, Auswirkungen der IT-Zentralisierung bei der OIZ

Von Salvatore Di Concilio (SP), Rebekka Wyler (SP) und 29 Mitunterzeichnenden ist am 28.10.2009 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Juli 2006 wurden die Vision und die strategischen Ziele der neuen städtischen IT-Strategie verabschiedet (StRS Nr. 815/2006) und damit die Neuausrichtung der städtischen IT-Landschaft sowohl in technologischer wie in organisatorischer Hinsicht eingeleitet.

Mit StRB 1151 wurde HRZ im September 2007 beauftragt, ein übergeordnetes HR-Konzept zu erarbeiten, welches die konkreten und detaillierten Regelungen für einen Übertritt in die OIZ festlegt. Unterdessen sind die Überführungen der Mitarbeitenden aus verschiedenen Dienstabteilungen in die OIZ erfolgt.

Die Sozialpartner waren skeptisch gegenüber der Zentralisierung des IT-Bereiches, haben das Vorhaben aber akzeptiert. In der Zwischenzeit sind jedoch verschiedene Fragen aufgetaucht, die im Zusammenhang mit der OIZ und der Umsetzung der IT-Strategie stehen:

1. Sind Auslagerungen im Bereich des PC-Supports an die Firma Panatronic erfolgt?
2. Wenn ja, in welchem finanziellen Rahmen bewegen sich die Auslagerungen?
3. Trifft es zu, dass es sich um Kosten im Rahmen von 4 Mio. Franken handelt?
4. Was geschieht mit den städtischen Mitarbeitenden im PC-Support?
5. Paketierung der Software: Kann die OIZ dies selber ausführen oder müssen Aufträge auswärts vergeben werden?
6. Durch welche Firmen werden Paketierungen ausgeführt und wo?
7. Wie werden die Kostenfolgen kontrolliert?
8. Wie entwickeln sich die Lohnkosten?
9. Wie hoch war die Fluktuation in den Jahren 2008-2009?
10. Wie viele Mitarbeitende wurden in eine tiefere Funktionsstufe eingereiht?
11. Besteht ein Moratorium für IT-Projekte?
12. Wenn ja, weshalb?
13. Wie werden dringend notwendige Projekte der einzelnen Dienstabteilungen trotzdem umgesetzt und finanziert?
14. Trifft es zu, dass die Mitarbeitenden zum Stillschweigen verpflichtet wurden?
15. Wie wird gewährleistet, dass die Mitarbeitenden und Sozialpartner transparent über das weitere Vorgehen informiert werden?

Mitteilung an den Stadtrat